



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Seniorenbeirates (S/005/2015)

am Montag, 14. September 2015,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr

Ende der Sitzung: 12:45 Uhr

Anwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Klaus Rentsch
Karl-Heinz Kathert
Dr. Peter Müller
Siegfried Müßig
Dr. Fritz Michalczyk
Holger Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
Jürgen Dudeck
Jürgen Eckoldt
Monika Fiedler
Dr. Siglinde Hauffe
Gertraud Kasten
Klaus Kummer
Gabriele Lohse
Evelyn Müller
Dr. Stefan Ritter
Dr. Rotraut Sawatzki

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Bernd Hahn

Verwaltung:

Sozialamt	Annett Lohse
Stadtplanungsamt	Matthias Pfeil
Stadtplanungsamt	Rolf Hermann

Gäste:

Jobcenter Dresden	Geschäftsführer Jan Pratzka
Runder Tisch / IG Metall	Hans-Jürgen Knäschke

Schriftführer/-in:

SG Stadtratsangelegenheiten	Kerstin Kinscher
-----------------------------	------------------

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Vorstellung Oberbürgermeister Herr Hilbert
- 2 Festlegungen der vergangenen Sitzung
- 3 Vorlagen
- 3.1 Wohnentwicklung in Dresden **V0400/15
beratend**
- 4 Informationen zum Begleitdienst
BE: Sozialamt, Frau Lohse
- 5 Ältere Arbeitslose in Dresden
BE: Jobcenter, Herr Pratzka
- 6 Probleme Gehwege und Fußverkehr
BE: Stadtplanungsamt, Herr Pfeil
Herr Kummer
- 7 Vorberatung Arbeitsplan 2016
- 8 Sonstiges/Allgemeines
- 9 Bereitstellung und Betreuung des Objektes Prohliser Allee 3 und 5
als Übergangwohnheim mit 20 Plätzen für ältere wohnungslose
Menschen und Festsetzung des Kostensatzes zur Betreuung **V0619/15
zur Information**

öffentlich

Einleitung:

Herr Stadtrat Rentsch eröffnet die 5. Sitzung des Seniorenbeirates. Beschlussfähigkeit ist festgestellt. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

TOP 1 entfällt

TOP 5 als TOP 4

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1 Vorstellung Oberbürgermeister Herr Hilbert

Entfällt.

2 Festlegungen der vergangenen Sitzung

Es gibt keine Hinweise/Einsprüche oder Ergänzungen zu den Festlegungen aus der vergangenen Sitzung.

3 Vorlagen

3.1 Wohnentwicklung in Dresden

**V0400/15
Beratend**

Herr Hermann stellt die Vorlage „Wohnentwicklung in Dresden“ anhand einer Präsentation wie folgt vor:

- Wohnungsmarktbericht
- Bevölkerungsentwicklung von 1990 - 2013
- Bevölkerungsprognose
- Haushalteprognose
- Wohnungsbestandsentwicklung
- Bautätigkeit
- Leerstandsentwicklung
- Flächenpotenziale für EFH und MFH
- Rahmenkonzept Wohnen.

Herr Dr. Müller übergibt allen Mitgliedern die Stellungnahme des Seniorenbeirates zur Vorlage. Man habe Kritikpunkte zusammengetragen. Es sei nicht eindeutig formuliert, dass es sich hauptsächlich auf Wohnungsbau und nicht auf das Rahmenkonzept Wohnen konzentriere und der Zeitpunkt der Vorlage, zehn Tage nach der Oberbürgermeisterwahl, sei schwer nachvollziehbar.

Hauptkritikpunkt sei die Einseitigkeit auf Marktanalyse, man hätte eine Sozialanalyse beifügen können. Er erinnere auch an das Konzept für Einkommensschwache, und bemängelt, warum dies nicht in ein Rahmenkonzept Wohnen einfließe. Zu den Senioren und Behinderten stehe auch - außer Wohnraumanpassung - in den Maßnahmen nichts ausreichend drin. Das Wohnraumanpassungsprogramm werde qualitativ nicht ausreichen. Herr Dr. Müller bemängelt, dass das Thema Stadtteilentwicklung fehle, dass seien Rahmenbedingungen, in denen sich Ältere und Behinderte täglich bewegen. Wohnungsbauberatung laufe seit Jahren recht gut, aber Mieterberatung spiele überhaupt keine Rolle. Er frage sich, ob das dieser Einseitigkeit geschuldet sei. Gerade bei Älteren und Behinderten müsse das intensiver erfolgen. Die Zuwanderungsproblematik müsse auch stärkere Berücksichtigung finden. Weiterhin fragt er Herrn Hermann, was die Ursache sei für die schlechte Nutzung des Programms Generationswohnen.

Herr Stadtrat Rentsch stellt dar, dass die Oberbürgermeisterin die erste und der Stadtrat die zweite Vorlage zurückgezogen habe. Die Datenlage 2014 sei die Grundlage und aktuelle Probleme konnten in dem Wohnungsmarktbericht keine Berücksichtigung finden.

Frau Müller kritisiert, dass dem Seniorenbeirat die Stellungnahme als Tischvorlage übergeben wurde, ohne diese zu kennen. Dies sei die Stellungnahme der AG Wohnen.

Herr Hermann antwortet ausführlich auf die Fragen. Die Verwaltung habe sich mit dem Konzept/der Vorlage ziemlich schwer getan. Der gesamte Erarbeitungsprozess zog sich über 3 Jahre hin, das Ergebnis sei tatsächlich der Themenschwerpunkt Wohnen in der Unterstützung der Bautätigkeit.

Es bleibe dieses Grundproblem, erwidert **Herr Dr. Müller**, dann müsse man es Wohnungsbaukonzept nennen. So sei es nicht ausgewogen, es werde was vorgespielt, was real nicht stimmt.

Herr Hermann antwortet, man könne nur umschwenken auf das Handlungsfeld Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention, wo man im Rahmen einer Arbeitsgruppe tätig sei. Dort habe man diskutiert, wo man die Schwerpunkte tatsächlich setzt und erläutert dies vollumfänglich.

Herr Dr. Michalczyk bittet um Erklärung, warum diese Vorlage nicht in den Ortsbeiräten behandelt wurde.

Dies sei im Ältestenrat so festgelegt worden, fügt **Herr Stadtrat Rentsch** hinzu.

Herr Hermann ergänzt, dass die Verwaltung die Gremienfolge mit vorschlage. Für die Ortsbeiräte habe man keine Notwendigkeit gesehen, diese in die Beratungsfolge mit einzubeziehen.

Herr Dr. Michalczyk fragt weiter, ob bei den 200.000 Euro wenigstens eine Maßnahme für ältere und behinderte Bürger (Aufzüge an/in bezahlbaren Wohnungen) dabei sei und ob es dazu eine Konzeption gebe.

Das kommunale Wohnungsanpassungsprogramm habe eine andere Zielrichtung, antwortet **Herr Hermann**, es richte sich an den Mieter. Die Förderung von Aufzügen sei Bestandteil des aktuellen Programmes „Mehrgenerationswohnen“. Dort bestehe die Möglichkeit einer Förderung. Es müsse ein Zuschussprogramm für Aufzugsbau geben, dies sei bisher nicht vorgesehen.

Frau Dr. Hauffe äußert sich zur Vorlage dahin gehend, dass in der Bevölkerungsprognose die Zahl der Senioren weiter zunehme. Man solle auch an die Arbeit der Sozialarbeiter in den Begegnungsstätten denken. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt, der im Maßnahmenplan entsprechend Niederschlag finden müsse.

Frau Böhmig ergänzt, dass man in der Analyse viel weiter gehe, wo Probleme aufgezeigt werden, die sich im Maßnahmenplan nicht widerspiegeln. Ein anderer Punkt sei, dass in der Analyse der Bedarf an Ein- und Zweiraumwohnungen steige, jedoch sich im Maßnahmenplan nichts dazu wieder findet. Dies müsse noch ergänzt oder überarbeitet werden. Es fehle auch die komplette Zusammenarbeit mit den Genossenschaften.

Herr Dudeck kenne die Diskussion um den Anbau von Aufzügen, äußert sich zu den Mietpreisen und fragt nach Mietzuschuss und Fördermöglichkeiten.

Herr Stadtrat Rentsch antwortet, dass dies zwar erstrebenswert aber haushaltstechnisch nicht umsetzbar sei.

Ein wichtiger Punkt sei die Senkung der Standards, bemerkt **Frau Lohse**. Es gebe viele Dinge, die sie nicht für notwendig halte.

Frau Fiedler unterstützt die Aussage von Herrn Dr. Müller, dass es viel um Soziales gehe. Ein Thema seien Ziele der Wohnungspolitik, jedoch sei nur ein Teil Wohnungsbau enthalten, dies reiche nicht aus. Die Infrastruktur solle - hinsichtlich der Senioren - bei der Auswahl von Grundstücken für Wohnungsbau mit berücksichtigt werden.

Herr Kummer greift das Thema Wohnungsbestand auf. Der Hauptteil der Wohnungen sei nicht barrierefrei und könne es auch nur bedingt werden. Er empfehle, den Investoren nahezu legen, die Aspekte der Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Die Novellierung der sächsischen Bauordnung berücksichtige da gewisse Dinge, aus seiner Sicht jedoch noch nicht ausreichend. Das Problem mit den Mieten kenne er.

Herr Stadtrat Zastrow erwidert, dass der Ältestenrat kein Beschlussgremium, sondern ein Beratungsgremium sei. Es habe im Ältestenrat keinen Hinweis auf die Behandlung der Vorlage im Seniorenbeirat gegeben. Die Kritik der separaten Behandlung könne er nicht teilen, dies sei gerade von den Mehrheiten der Stadtratsfraktionen genau so gewollt. Er erinnere, dass beschlossen worden sei, die Gründung der WOBA im Eilverfahren noch durchzuziehen. Es habe im Stadtrat einen Antrag der FDP gegeben, alles zum Thema Wohnen gemeinsam zu behandeln. Dazu sei man nicht bereit gewesen. Es werde behauptet, durch die WOBA bestimmte Probleme (Sozialwohnungsprobleme) zu lösen, man könne billiger bauen. Jeder Fachmann wisse jedoch, dass dem nicht so ist. Der größte Preistreiber seien die Energieeinsparungsverordnungen aus Berlin, an die man sich halten müsse. Auch in Dresden gebe es politisch festgelegte Programme, die umgesetzt werden müssen. Herr Stadtrat Zastrow sei sehr optimistisch, der Dresdner Wohnungsmarkt ist insgesamt moderat, was die Preise, die Mietsteigerungen betreffe. Man habe nicht Münchner oder Frankfurter Verhältnisse. Er wiederhole die Debatte aus dem Stadtrat, dass man in Dresden über 400 ungenutzte Sozialwohnungsbelegungsrechte habe, die man als Stadt nicht nutze. Die Wohnungsgenossenschaften bieten Wohnungen billiger an, als man mit Zuschüsse erreichen könne. Er weise darauf hin, dass in Dresden nicht kontrolliert wird, ob die

Voraussetzungen für das Wohnen mit Wohnberechtigungsschein noch gegeben sind. Herr Zastrow unterstütze das Konzept, so wie es ist.

Herr Dr. Ritter fügt zum Thema Aufzüge hinzu, dass dies enorme Jahreskosten verursacht, das solle man mit berücksichtigen.

Herr Dr. Müller stellt abschließend die Frage, welche Stellungnahme vom Sozialamt zu dem Konzept abgegeben worden sei.

Frau Lohse, Amt 50, könne momentan dazu keine Antwort geben; fragt im Sozialamt nach und informiert die Mitglieder.

Herr Stadtrat Rentsch bittet die Mitglieder um Abstimmung der Stellungnahme zur Vorlage.

12-Ja, 1-Nein, 4-Enthaltungen

Des Weiteren stimmen sich die Mitglieder zur Vorlage „Wohnentwicklung in Dresden“ mit folgendem Ergebnis ab:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 11 Nein 5 Enthaltung 0

Herr Stadtrat Rentsch schließt den Tagesordnungspunkt ab.

4 Informationen zum Begleitdienst BE: Sozialamt, Frau Lohse

Frau Lohse, Amt 50, informiert über das Thema Begleitung und Betreuung von Senioren im Freistaat Sachsen bzw. in Dresden und übergibt einen Entwurf dazu den Mitgliedern. Die Hauptschwerpunkte erläutert sie ausführlich.

5 Ältere Arbeitslose in Dresden BE: Jobcenter, Herr Pratzka

Herr Pratzka informiert zu Beginn, dass das Jobcenter eine gemeinsame Einrichtung zwischen der Agentur für Arbeit und der Landeshauptstadt Dresden sei. Einen Überblick über die Situation älterer Menschen am Arbeitsmarkt stellte er ausführlich dar. Fazit sei, dass die Älteren von der positiven Beschäftigungsentwicklung profitiert haben. Die Jüngeren werden weniger, die Älteren brauche man am Arbeitsmarkt. Zu der Arbeitslosenentwicklung führt er aus, dass es im August 2015 in Dresden 22.472 Arbeitslose gegeben habe, dies seien 5 Prozent weniger als im Vorjahr, davon sind 6790 älter als 50 Jahre. Des Weiteren informiert er über die Arbeitslosenzahl bei Jugendlichen sowie Langzeitarbeitslose in Dresden. Es sei auch hier eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Herr Pratzka erklärt ausführlich, was das Jobcenter für Aufgaben habe und was es für entsprechende Maßnahmen gibt und vergleicht mit Leipzig. Das Programm „Per-

spektive 50+“ stellte er vor, dies sei sehr erfolgreich. Dieses Programm laufe allerdings im Dezember 2015 aus. Zum Abschluss informierte er, dass die Jobcenter in Deutschland die Verpflichtung haben, Kundinnen und Kunden, die einen Rentenanspruch haben, zur Antragstellung aufzufordern und stellte dies ausführlich dar.

Frau Müller fehle in der Darstellung die Situation des Flüchtlingsstromes. Sie fragt, ob dies parallel laufe.

Dies sei eine neue Herausforderung, meint **Herr Pratzka**. Der Arbeitsmarkt suche Fachkräfte, das stelle ein großes Problem dar. Zum größten Teil seien diese Menschen der deutschen Sprache nicht mächtig. Im Jobcenter Dresden gebe es zurzeit 11,5 Prozent Ausländer, die betreut werden. Man bereite sich gemeinsam mit der Landeshauptstadt Dresden und der Agentur für Arbeit auf den zunehmenden Flüchtlingsstrom vor.

Herr Dudeck fragt zum Wettbewerb zwischen Qualifizierten auf dem ersten Arbeitsmarkt und zu Arbeitsgelegenheiten, zum Beispiel MOSE, mobiler Begleitservice.

Herr Pratzka antwortet, dass man in Dresden für MOSE keine Arbeitsgelegenheiten mehr zur Verfügung stellen könne.

Herrn Dr. Müller interessiert, ob die Kommune Mitgesellschafter des Jobcenters sei und ihre Interessen wahrnehme. Des Weiteren fragt er, wer von den kommunalen Unternehmen Partner sein könne.

Die Kommune ist Mitgesellschafter und nimmt ihre Interessen sehr deutlich wahr, erwidert **Herr Pratzka**. Die Stadt profitiere deutlich von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt, das bedeute, weniger Kunden im Jobcenter und erläutert dies sehr ausführlich. Herr Pratzka informiert weiter, dass im Jahr 2014 mit Frau Orosz, Oberbürgermeisterin a. D., eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Vermittlung unterzeichnet worden ist informiert inhaltlich darüber.

Zu den ankommenden Flüchtlingen fragt **Frau Böhmig**, ob es Vorstellungen gebe, diese in bestimmte Tätigkeiten einzubeziehen oder Gedanken, wie man dies regeln könne.

Darauf antwortet **Herr Pratzka**, dass man erst einmal wissen müsse, was für eine Qualifikation vorliegt. Deshalb sei die Zusammenarbeit Stadt, Agentur für Arbeit und Jobcenter so wichtig. Der deutsche Arbeitsmarkt sei ein Stück derzeit geschützt, da müsse rechtlich was getan werden.

Frau Fiedler fragt zum Thema Arbeitslose nach Altersgruppen, wie da der Anteil von Menschen mit Behinderungen sei und ob es da extra Fördermaßnahmen gebe.

Es gebe in der Statistik für das Jobcenter 924 Schwerbehinderte, insgesamt in Dresden 1229, antwortet **Herr Pratzka**. Ein gesondertes Team beschäftige sich mit Rehabilitanden und Schwerbeschädigten. Das sei sehr wichtig, weil man mit vielen verschiedenen Rehaträgern zusammenarbeite. Für Schwerbehinderte gebe es besondere Förderungen. Im Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters im Internet könne man dies entsprechend nachlesen.

Zum Thema Fachkräftemangel in Dresden interessiere **Herrn Müßig**, welche Berufsgruppen das hauptsächlich sind.

Herr Pratzka berichtet, dass Dresden Fachkräftebedarfe habe. Das seien Akademiker/Fachkräfte in den Fachrichtungen Forschung, Medizin, Gesundheit, Pflege, aber auch Handwerker.

Von den Mitgliedern wird folgende Festlegung getroffen.

Der Seniorenbeirat erwartet, dass bei der Fortschreibung des Fachplanes Senioren und Altenhilfe, die Belange der Altersgruppe 50 - 65 stärker beachtet werden.

Herr Stadtrat Rentsch schließt den Tagesordnungspunkt ab.

6 Probleme Gehwege und Fußverkehr

BE: Stadtplanungsamt, Herr Pfeil

Herr Kummer

Herr Pfeil verteilt die „Informationsbroschüre zum Gestaltungshandbuch öffentlicher Raum“ sowie die Broschüre „Innenstadtplan für Menschen mit Mobilitätsbehinderung“ an die Mitglieder. Anhand einer Präsentation „Gehwege und Fußverkehr“ berichtet er zu folgenden Themen ausführlich:

- Aufgabenbereich Sachbearbeiter Barrierefreiheit und Fußverkehr
- Barrierefreie und seniorengerechte öffentliche Räume – Beispiele, Sachstand
- GHB – Gehwegtyp 4 Kleinpflaster, Mosaikpflaster
- Gestaltungshandbuch öffentlicher Raum Fußgängerquerungen
- GHB – Gehwegtyp 6 Wassergebundene Wegedecken
- Gestaltungshandbuch öffentlicher Raum - Überfahrten
- Gestaltungshandbuch öffentlicher Raum, Überfahrten – neue Anforderungen
- Barrierefreie und seniorengerechte öffentliche Räume – Beispiele, Sachstand
- Barrierefreie und seniorengerechte öffentliche Räume – Hindernisse, Handlungsbedarf.

Herr Kummer ergänzt umfangreich zu den Ausführungen von Herrn Pfeil. Zum Verkehrsentwicklungsplan 2025+ fragt er, ob in der Fortschreibung das Thema Fußverkehrskonzept enthalten sei. Man brauche eine andere Strategie, in anderen Städten laufe es viel besser. Hinweise und Erfassungen würden häufig über Ehrenamtliche gemacht oder auch durch offene Onlineplattformen, wie zum Beispiel die „Dreck-Weg-App“. Es gebe noch viele Details, eine Frage sei der Austausch des Holperpflasters, was bisher mit städtischen Geldern falsch gebaut wurde, zum Beispiel Kamenzer Straße, aber eben auch das Problem „Grundstückseinfahrten“. Er weise auf die Fortschreibung des Aktionsplanes der UN-Behindertenrechtskonvention hin, diese sei im Jahr 2016 zu Ende. Zum Beispiel in Leipzig gebe es ein Instrumentarium, wie Betroffene einbezogen werden. Im Stadtrat sei der Beirat nicht so sehr gefragt, man werde auch nicht in die Bearbeitung der Vorlagen ständig einbezogen. Er wünsche sich mehr Unterstützung bei der Vertretung der Belange der Betroffenen und der Entwicklung entsprechender Aktivitäten.

Herr Pfeil merkt an, dass alle Maßnahmen, die zurzeit geplant werden, die neuen Vorgaben im Gestaltungshandbuch berücksichtigen. Er wolle jedoch nicht ausschließen, dass es bei reinen Instandhaltungsmaßnahmen, wo ohne große Planungen gearbeitet wird, noch Defizite geben könne.

Herr Dudeck bemängelt, dass bei der Maßnahme Kulturkraftwerk der Zugang nicht barrierefrei sei, es fehle die Fußwegabsenkung beim Straßenübergang.

Frau Müller fragt Herrn Pfeil nach der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen und ob Vertreter des Seniorenbeirates in den Arbeitsgruppen mitarbeiten.

Herr Pfeil antwortet, dass in den Arbeitsgruppen der Seniorenbeirat vertreten sei.

Auf massive Probleme auf der Geisingstraße in Striesen weist **Frau Böhmig** hin.

Herrn Dr. Müller gehe es konkret um die Fußgängersicherheit bei Baustellen. Er gebe die Anregung, Ortsvereine mit in die Baustellenabnahme einzubeziehen.

Herr Kummer antwortet darauf, dass dies bereits Thema in der Arbeitsgruppe Aktionsplan ist. Es sei nicht durchgängig gelöst und eine andere Handlungsfähigkeit müsse hergestellt werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt mit Hinweisen ab.

7 Vorberatung Arbeitsplan 2016

Herr Stadtrat Rentsch übergab den Mitgliedern einen Entwurf des Arbeitsplanes 2016. Die Begleitung des Senioren- und Altenhilfeplanes in der Fortschreibung, dies sei das Grundanliegen. In der nächsten Beratung der Arbeitsgruppe werde man den vorgeschlagenen Arbeitsplan auswerten und terminisieren.

Herr Dudeck merkt an, dass im nächsten Jahr das Thema Ehrenamtsarbeit wieder mit auf der Tagesordnung stehe. Er empfinde es als symptomatisch, dass die Bürgerstiftung Dresden in der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements die erbetene Berichterstattung abgesagt hat. Er sei froh, dass Vertreter anderer Vereine aktiver sind, wie Martin Reichel vom Kulturbüro Dresden vor allem in Kinder- und Jugendarbeit, das Vereins- und Stiftungszentrum und das Ökumenische Informationszentrum in anderen sozialen Fragen, insbesondere Ausländer- und Asylarbeit. Die Passivität der Bürgerstiftung habe er schon 2013 befürchtet, als der bisherige Sozialbürgermeister Martin Seidel den Vorschlag von Bündnis90/Die Grünen ablehnte und darauf bestand, dass die Koordinierung der Ehrenamtsarbeit bei der Bürgerstiftung angesiedelt wird bzw. bleibt. Herr Dudeck werde das Thema für den Runden Tisch 2016 vorschlagen.

Herr Stadtrat Rentsch fügt hinzu, dass Herr Ripp von der Bürgerstiftung Dresden für den 21. September 2015, 17:00 Uhr in das Boulevardtheater Maternistraße eingeladen habe zur „Danke schönveranstaltung unbezahlt aber nicht umsonst - Dresdner Bürger engagieren sich im Amt -

Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement“. Herr Stadtrat Rentsch und Herr Dudeck nehmen daran teil.

Herr Dr. Müller ergänzt, dass die Anträge der Wohlfahrtsverbände bewilligt worden. Er bittet darum, in den Wohlfahrtsverbänden darauf zu achten, dass man Kunde bei Wohlfahrtsverbänden sei, aber man habe auch Interessen, die über das Geschäftsfeld von Wohlfahrtsverbänden hinaus gehen. Er fragt Frau Lohse vom Sozialamt, warum dieses nicht - als Wohlfahrtsverband - auf den Seniorenbeirat zugehe.

Darauf antwortet **Frau Lohse**, Sozialamt, dass man den Seniorenbeirat über die finanzielle Situation informiert habe. Man habe die Mittel, die beantragt wurden, nicht bekommen, zum Beispiel Personalkosten für die Sozialarbeit und auch das Sozialraumbudget zur Weiterentwicklung der sozialräumlichen Seniorenarbeit und Altenhilfe. Am 24. September 2015 werde im Stadtrat eine Vorlage zur bedarfsgerechten Finanzierung behandelt.

Herr Müßig interessiert, ob im Zusammenhang mit der verhängten Haushaltssperre das Sozialticket gestrichen werde.

Frau Lohse, Sozialamt, erkundigt sich.

8 Sonstiges/Allgemeines

Frau Dr. Sawatzki informiert kurz über das erste Treffen der Landesseniorenvertretung der ostdeutschen Länder in Magdeburg. In der nächsten Seniorenbeiratssitzung wolle sie berichten, ob es möglich sei, Mehrgenerationshäuser in die Kommunalarbeit mit einzubeziehen.

Herr Dr. Müller weist auf die Seniorentheatertage im Theaterhaus Rudi am 19. und 20. September 2015 hin sowie auf einen Viergenerationendialog zur Frage „Wie es im Alltag zu der NS-Diktatur in Deutschland 1930 kommen konnte“ am 30. September 2015 in der Synagoge.

Zum Thema „Einladungen“ bittet **Herr Stadtrat Rentsch** alle Mitglieder, diese auch zu nutzen und wahrzunehmen. Des Weiteren werde gewünscht, die diesjährige Weihnachtsfeier in der Dresdner Messe zu veranstalten. Ein Termin steht noch nicht fest.

Frau Kasten informiert über ihr persönliches Engagement im Zusammenhang mit Flüchtlingsbetreuung. Sie unterstütze syrische und serbische Familien sowie 6 Frauen aus Eritrea und helfe beim Lernen der deutschen Sprache. Sie fordere alle auf, einen kleinen Beitrag zur Unterstützung der Flüchtlinge zu leisten. Frau Kasten schlägt vor, eine Pressemitteilung zum Thema „Flüchtlinge willkommen“ des Seniorenbeirates herauszubringen.

Herr Stadtrat Rentsch erwidert, dass dafür der Ausländerbeirat vorrangig zuständig sei und bittet die Mitglieder um ihre Meinung.

Herr Eckoldt, Herr Dr. Müller, Frau Dr. Hauffe, Frau Lohse, Herr Dudeck, Herr Kathert, Herr Kummer und Herr Stadtrat Rentsch diskutieren ausführlich darüber.

Fazit ist, dass dies schwierig sei und man sich auf die speziellen Aufgaben des Seniorenbeirates konzentrieren solle.

Herr Stadtrat Rentsch schließt den Tagesordnungspunkt ab.

**9 Bereitstellung und Betreuung des Objektes Prohliser Allee 3 und V0619/15
5 als Übergangwohnheim mit 20 Plätzen für ältere wohnungslo- zur Information
se Menschen und Festsetzung des Kostensatzes zur Betreuung**

Herr Dr. Müller fragt Frau Lohse, Amt 50, ob er es richtig verstehe, dass das Übergangwohnheim, Prohliser Allee 3 und 5, als Kurzzeitpflegeheim umfunktioniert werden soll.

Frau Lohse, Amt 50, bejaht dies.

Herr Dr. Müller führt aus, dass er im Grunde die Vorlage gut finde und fragt, ob in Dresden Kurzzeitpflegeplätze fehlen.

Die Frage wird von **Frau Lohse, Amt 50**, bejaht. Der Träger AWO habe die Kurzzeitpflege, aus Fachkräftemangel, geschlossen.

Herr Dudeck unterstreiche die Aussagen von Herrn Dr. Müller und findet den Inhalt der Vorlage gut.

Herr Kathert stimme dem ebenfalls zu.

Frau Böhmig stellt die Fragen, was eine niederschwellige Betreuung der Bewohner sei und ob die Wohnungslosen Haustiere halten können beziehungsweise mitbringen.

Frau Lohse, Amt 50, könne die Frage zu den Haustieren nicht beantworten, sie erkundigt sich und reiche die Antwort nach. Niederschwellige Betreuung bedeute, dass der Zugang zur Betreuung und Beratung niederschwellig ist, also es seien keine großen Anträge notwendig, sondern die Sozialarbeiter stünden ohne Antrag zur Verfügung, um die Problemlagen zu analysieren und zu unterstützen.

Frau Dr. Hauffe ergänzt aus den Erfahrungen bei der Volkssolidarität, dort gebe es so genannte Alltagsbegleiter, das sei eine Betreuung unterhalb des Pflegebereiches und heiße niederschwellig.

Herr Stadtrat Rentsch fügt hinzu, dass das Ergebnis dazu im Ortsbeirat Prohlis einstimmig gewesen sei.

Frau Müller fragt, ob es finanzielle Unterstützung für Hunde gebe.

Das wird von **Frau Lohse, Amt 50**, verneint.

Herr Stadtrat Rentsch schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet die 5. Sitzung des Seniorenbeirates.

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Dr. Siglinde Hauffe
Mitglied

Dr. Stefan Ritter
Mitglied